

Linards Udris

Politischer Extremismus und Radikalismus

Problematisierung und diskursive
Gelegenheitsstrukturen
in der öffentlichen Kommunikation
der Deutschschweiz

BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION
WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEO
RIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN
PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDER
ALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMU
NIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTSSTAAT GERECHTIGKEIT STAAT POLI
TISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES
SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE
BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLI
TISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE
MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDERALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE
GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMUNIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTS
STAAT GERECHTIGKEIT STAAT POLITISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDES
TAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAH
LEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE
PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN



VS VERLAG

Linards Udris

Politischer Extremismus und Radikalismus

Linards Udris

Politischer Extremismus und Radikalismus

Problematisierung und diskursive
Gelegenheitsstrukturen
in der öffentlichen Kommunikation
der Deutschschweiz



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Die vorliegende Arbeit wurde von der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich
im Frühjahrssemester 2010 auf Antrag von Prof. Dr. Kurt Imhof und Prof. Dr. Frank Esser
als Dissertation angenommen.

1. Auflage 2011

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2011

Lektorat: Dorothee Koch / Anette Villnow

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist eine Marke von Springer Fachmedien.

Springer Fachmedien ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.

www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede
Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist
ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspei-
cherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem
Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche
Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten
wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany

ISBN 978-3-531-17968-1

Vorwort

Die vorliegende Monographie ist eine leicht überarbeitete Form meiner Dissertation, die ich im Frühjahr 2010 an der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich bei den Professoren Kurt Imhof und Frank Esser eingereicht und verteidigt habe. Die Dissertation begann im Rahmen eines Nationalfonds-Projekts zum Thema des Rechtsextremismus in der öffentlichen Kommunikation, in dem Kurt Imhof, Patrik Ettinger und ich als wissenschaftlicher Assistent am Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) der Universität Zürich zusammenarbeiteten. Für die Finanzierung dieses Projekts und die Möglichkeit, mit diesem Projekt an einem größeren Verbund zu partizipieren (Nationalfonds-Forschungsprogramm 40+ „Rechtsextremismus – Ursachen und Gegenmaßnahmen“, Leitung Marcel A. Niggli), sei dem Schweizerischen Nationalfonds herzlich gedankt. Durch die Einbindung in das Nationalfonds-Projekt hat die Dissertation daher auch von der Begleitung durch meinen Doktorvater Kurt Imhof und meinen Kollegen Patrik Ettinger profitiert. Für konzeptionelle, anregende Gespräche, gemeinsame Auftritte und Veranstaltungen wie auch das Gewähren von viel Freiheit beim Weiterentwickeln und Durchführen der Dissertation gebührt ihnen an dieser Stelle ein besonderer Dank.

Dass die Dissertation letztlich abgeschlossen werden konnte, liegt auch an der großzügigen und dankenswerten Unterstützung sowohl der Schweizerischen Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft (SGKM) als auch an meinen Kollegen am Forschungsbereich, welche mir eine kurze Auszeit vom universitären Forschungs- und Lehrbetrieb erlaubten und mitfinanzierten. Für die immer willkommene Unterstützung in verschiedenen Bereichen und in verschiedenen Phasen der Dissertation möchte ich mich bei den Mitarbeitenden des fög bedanken, allen voran bei meinen Projekt- und Büropartnern Jens Lucht und David Tréfás. Danken möchte ich ebenso Frank Esser für die Begutachtung der Dissertation und die hilfreichen Anmerkungen für die Buchpublikation. Schließlich danke ich von ganzem Herzen meiner Familie und in Liebe meiner Frau Olga. Es mag inhaltlich durchaus passendere und vor allem ‚romantischere‘ Bücher als das vorliegende geben. Dennoch wird sie sich hoffentlich darüber freuen: Ihr ist dieses Buch gewidmet.

Zürich, im November 2010

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	7
Abbildungsverzeichnis	11
1 Einleitung	15
2 Theoretische Erklärungen	33
2.1 Politischer Extremismus und Radikalismus: Ideologien und Erscheinungsformen	36
2.2 Die „Nachfrage“-Seite von Extremismus und Radikalismus.....	43
2.3 Die „Angebots“-Seite und die Verbindung mit politischen und diskursiven Gelegenheitsstrukturen	46
2.4 Extremismus und Radikalismus als Deutungsangebot in Orientierungskrisen.....	53
2.4.1 Differenzsemantiken im sozialen Wandel.....	53
2.4.2 Differenzsemantiken als diskursive Gelegenheitsstrukturen	59
2.5 Neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit.....	65
3 Methodische Grundlagen	77
3.1 Kommunikationsereignisse, Differenzsemantiken und diskursive Gelegenheitsstrukturen: Längsschnittanalyse	77
3.2 Problematisierung des politischen Extremismus und Radikalismus: Vertiefungsanalyse 1998 bis 2008	84
3.2.1 Mediensample	84
3.2.2 Methode	89

4	Diskursive Gelegenheitsstrukturen und Aufmerksamkeit für politischen Extremismus und Radikalismus.....	95
4.1	Hauptbefunde: Salienz und Phasen.....	96
4.2	Resonanz und Aufmerksamkeit für Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus.....	119
4.2.1	Resonanz für die „Überfremdungsbewegung“.....	121
4.2.2	Identitätsdebatten am Ende des Kalten Krieges.....	127
4.2.3	Steigendes Konfliktpotential in den 1990er und 2000er Jahren.....	135
4.3	Zwischenfazit und Kontrastierung mit der Resonanz für Linksextremismus und Linksradikalismus.....	147
5	Die Problematisierung des politischen Extremismus und Radikalismus: Auslöser, Treiber und Akteure.....	155
5.1	Heranführung I: Qualität der öffentlichen Kommunikation.....	156
5.2	Heranführung II: Politischer Extremismus und Radikalismus als Thema von 1998 bis 2008.....	161
5.3	Auslöser und Treiber der Thematisierung.....	167
5.4	Medien als Akteure.....	174
5.4.1	Thematisierungsverläufe der Medien.....	176
5.4.2	Aufmerksamkeit: Medientypen.....	183
5.4.3	Medienlogiken: Skandalisierung, Personalisierung, Konfliktstilisierung.....	187
5.4.4	Medien als Aussageträger.....	191
5.5	Resonanzchancen für nicht-mediale Akteure.....	195
5.6	Zwischenfazit.....	203
6	Die Auseinandersetzung über Extremismus und Radikalismus.....	207
6.1	Rechtsextremismus als Bedrohung.....	208
6.1.1	Verlauf.....	209
6.1.2	Aufmarsch rechtsextremer Akteure auf die Rütli-Wiese im August 2000.....	213
6.1.3	Resonanz für die Aufmärsche rechtsextremer Akteure im Vergleich.....	221

6.2	Bedrohung durch Extremismus und Radikalismus von links?.....	235
6.2.1	Verlauf.....	236
6.2.2	Protestaktionen gegen das World Economic Forum im Vergleich... ..	237
6.3	Regularitäten von Kommunikationsereignissen und Thematisierungswellen	247
6.4	Aussagen und Erklärungsmuster zum Extremismus und Radikalismus.....	265
6.4.1	Rechtsextremismus und -radikalismus: Erklärungsmuster und Akteure.....	266
6.4.2	Linksextremismus und -radikalismus: Akteure und Erklärungsmuster	276
6.4.3	(Selbst-)Reflexion bezüglich der Qualität der öffentlichen Kommunikation	283
6.5	Zwischenfazit.....	289
7	Das Ergebnis der öffentlichen Auseinandersetzung über Extremismus und Radikalismus.....	293
7.1	Etablierung des Rechtsextremismus als politisches Problem.....	294
7.2	Nachhaltigkeit der Thematisierung?	301
7.3	Zwischenfazit: Rechts- oder Linksextremismus – Bedrohung der Gesellschaft?.....	306
8	Schlussbetrachtung.....	317
	Anhang.....	337
	Literatur	355

Abbildungsverzeichnis

Abbildungen

<i>Abbildung 1: Diskursive Gelegenheitsstrukturen –Differenzsemantiken in der öffentlichen Kommunikation 1960 bis 2008.....</i>	<i>101</i>
<i>Abbildung 2: Diskursive Gelegenheitsstrukturen (Aggregation).....</i>	<i>117</i>
<i>Abbildung 3: Diskursive Gelegenheitsstrukturen, Wahlanteile und Mobilisierung.....</i>	<i>148</i>
<i>Abbildung 4: Thematisierung des politischen Extremismus und Radikalismus im Monatsverlauf von 1998 bis 2008.....</i>	<i>162</i>
<i>Abbildung 5: Aufmerksamkeitsstrukturen der Tagespresse 1998 bis 2008 – Thematisierung des Rechtsextremismus (oben) und des Linksextremismus (unten) im Quartalsverlauf.....</i>	<i>177</i>
<i>Abbildung 6: Kommentare und Leitartikel über Extremismus und Radikalismus 1998 bis 2008.....</i>	<i>179</i>
<i>Abbildung 7: Vergleich der massenmedialen Aufmerksamkeit für Rechtsextremismus/-radikalismus und der Aufmerksamkeit der Bundespolizei für rechtsextreme Vorfälle.....</i>	<i>182</i>
<i>Abbildung 8: Verlauf der Aussagen mit Bedrohungsperzeptionen.....</i>	<i>212</i>
<i>Abbildung 9: Verlauf der Thematisierung des Rechtsextremismus im Sommer und Herbst 2000.....</i>	<i>216</i>
<i>Abbildung 10: Einschätzung der Bedrohlichkeit des Rechtsextremismus während der Thematisierungswelle.....</i>	<i>218</i>
<i>Abbildung 11: Erklärungsmuster für das Phänomen Rechtsextremismus in der öffentlichen Kommunikation während der Thematisierungswelle.....</i>	<i>219</i>
<i>Abbildung 12: Geforderte Maßnahmen gegen Rechtsextremismus während der Thematisierungswelle.....</i>	<i>220</i>
<i>Abbildung 13: Thematisierung der Aufmärsche rechtsextremer Akteure an den 1. August-Feiern, 1998- 2008.....</i>	<i>222</i>
<i>Abbildung 14: Thematisierung der Protest-Aktionen gegen das Weltwirtschaftsforum, 1998- 2008.....</i>	<i>239</i>
<i>Abbildung 15: Aussagen zur Legitimität der Protestaktionen am Weltwirtschaftsforum.....</i>	<i>241</i>

<i>Abbildung 16: Thematisierung der Äußerungen Blochers zur Rassismus-Strafnorm</i>	250
<i>Abbildung 17: Aussagen und Erklärungsmuster zum Rechtsextremismus und -radikalismus 1998 bis 2008</i>	272
<i>Abbildung 18: Aussagen und Erklärungsmuster zum Rechtsextremismus und -radikalismus nach Medien</i>	275
<i>Abbildung 19: Aussagen und Erklärungsmuster zum Linksextremismus und -radikalismus 1998 bis 2008</i>	278
<i>Abbildung 20: Aussagen und Erklärungsmuster zum Linksextremismus und -radikalismus nach Medien</i>	280
<i>Abbildung 21: Aussagen und Erklärungsmuster zum politischen Extremismus und Radikalismus 1998 bis 2008</i>	282
<i>Abbildung 22: Erklärungsmuster mit Thematisierung der Rolle der Medien und der Strategien politischer Akteure – resonanzstärkste Akteursgruppen (1998-2008)</i>	285
<i>Abbildung 23: Thematisierung des Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus im Parlament (1971-2005)</i>	296
<i>Abbildung 24: Aussagen mit Erklärungsmustern in der Weltwoche (oben) und in den Medien gesamt (unten)</i>	314
<i>Abbildung 25: Diskursive Gelegenheitsstrukturen – Differenzsemantiken (Blick, 1960-2008)</i>	337
<i>Abbildung 26: Diskursive Gelegenheitsstrukturen – Differenzsemantiken (NZZ, 1960-2008)</i>	338
<i>Abbildung 27: Diskursive Gelegenheitsstrukturen – Differenzsemantiken (Tages-Anzeiger, 1960-2008)</i>	338
<i>Abbildung 28: Erklärungsmuster (Medien und nicht-mediale Akteure)</i>	344
<i>Abbildung 29: Erklärungsmuster nach Medien</i>	345
<i>Abbildung 30: Erklärungsmuster zum Rechtsextremismus (Medien und nicht-mediale Akteure)</i>	346
<i>Abbildung 31: Erklärungsmuster zum Linksextremismus (Medien und nicht-mediale Akteure)</i>	347

Tabellen

<i>Tabelle 1: Kommunikationsereignisse in der Neuen Zürcher Zeitung im Jahr 2000...</i>	81
<i>Tabelle 2: Analyisierte Medien</i>	85
<i>Tabelle 3: Codierung des Sekundärsamples – Variablen</i>	92
<i>Tabelle 4: Diskursive Gelegenheitsstrukturen – Differenzsemantiken (nach Medien)</i>	99
<i>Tabelle 5: Auslöser, Treiber und Hauptakteure der Kommunikationsereignisse</i>	170
<i>Tabelle 6: Medienspezifische Aufmerksamkeit für politischen Extremismus und Radikalismus, 1998-2008</i>	185
<i>Tabelle 7: Routineframes und Medienlogiken</i>	188
<i>Tabelle 8: Medien als Aussageträger</i>	193
<i>Tabelle 9: Beitragsformen und Aussagen der Medien</i>	194
<i>Tabelle 10: Resonanzchancen von Akteursgruppen</i>	197
<i>Tabelle 11: Eigene Aussagen des Mediums zur Bedrohung durch Rechtsextremismus</i>	210
<i>Tabelle 12: Aussagen der Medien zur Bedrohlichkeit des Linksextremismus / -radikalismus</i>	235
<i>Tabelle 13: Aussagen zur Bedrohung durch Linksextremismus /-radikalismus</i>	237
<i>Tabelle 14: Erklärungsmuster für Extremismus und Radikalismus in der öffentlichen Kommunikation (1998-2008)</i>	267
<i>Tabelle 15: Skandalisierte Akteure</i>	309
<i>Tabelle 16: Diskursive Gelegenheitsstrukturen – Differenzsemantiken (nach Phasen und Medien)</i>	339
<i>Tabelle 17: Aussageträger in der Thematisierung des Extremismus und Radikalismus nach Medientypen, 1998-2008</i>	340
<i>Tabelle 18: Erklärungsmuster zum Rechtsextremismus (Gruppierung bzgl. Bedrohlichkeit)</i>	341
<i>Tabelle 19: Erklärungsmuster zum Linksextremismus (Gruppierung bzgl. Bedrohlichkeit)</i>	342
<i>Tabelle 20: Forderungen und Rechtfertigungen von Maßnahmen (Rechtsextremismus)</i>	343
<i>Tabelle 21: Forderungen und Rechtfertigungen von Maßnahmen (Linksextremismus)</i>	343
<i>Tabelle 22: Kommunikationsereignisse zum Extremismus und Radikalismus</i>	348

1 Einleitung

Politische Extremisten und Radikale finden immer wieder hohe Aufmerksamkeit, besonders wenn sie mit provokativen, zum Teil auch gewalttätigen Aktionen oder mit Wahlerfolgen in Erscheinung treten. In solchen Phasen treten Extremisten und Radikale aus ihren abgeschotteten Zirkeln heraus und suchen öffentliche Aufmerksamkeit. Rechtsextremisten beispielsweise, die überwiegend geächtet werden, mobilisieren in manchen Phasen bewusst öffentlichkeitswirksam. Nicht nur in Deutschland Anfang der 1990er Jahre und wieder seit einigen Jahren, wo die rechtsextreme NPD im Verbund mit anderen rechtsextremen Splittergruppen immer wieder öffentlich aufmarschiert, sondern auch in der Schweiz versucht die weiterhin kleine und marginalisierte rechtsextreme Szene zunehmend, im öffentlichen Raum symbolisch Präsenz zu markieren. Angesichts der Tatsache, dass ihren Aktionen in der öffentlichen Kommunikation zumindest in direkter Entgegnung die Legitimität abgesprochen wird (ähnlich den Aktionen des linksextremistischen „Schwarzen Blocks“ der Globalisierungskritiker), bleibt zu fragen, wann und unter welchen Umständen Extremisten dennoch verstärkt im öffentlichen Raum mobilisieren. Dies gilt in abgeschwächter Form auch für politische Radikale. Gerade wenn sie sich an (etablierten) demokratischen Verfahren beteiligen und (vermeintlich) auf offensichtlich diskreditierte Protestformen verzichten, sinkt potentiell deren Stigmatisierung. Dies allein macht Radikale zwar noch nicht zwangsläufig zu respektierten Akteuren im politischen Prozess, denn schließlich können auch deren Einstellungen und mögliche Verbindungen mit Extremisten skandalisiert werden. Aber in bestimmten Phasen und unter bestimmten Bedingungen kommt ihren Ideen und Positionen größere Legitimität zu als sonst.

Mobilisierungen und Wahlerfolge von politischen Extremisten und Radikalen führen in der Regel zu hoher Beachtung. Doch ist Aufmerksamkeit erstens keine unendliche Ressource und zweitens ungleichmäßig verteilt, auch was die verschiedenen Formen von Extremismus und Radikalismus betrifft. Rechtsextreme und Rechtsradikale beispielsweise, bis in die 1990er Jahre in der Schweiz kaum ein Thema – ganz anders als ‚Extremisten‘ von links –, sind als Objekte zu einem wichtigen Bestandteil der öffentlichen politischen Diskussion geworden. Die hohe Resonanz für spektakuläre Aufmärsche rechtsextremer Akteure, insbesondere auf der ‚Rütli‘-Wiese (einem zentralen Erinnerungsort der Schweiz), die

in der Schweiz sprunghaft angestiegene wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema¹ sowie die hektischen Reaktionen des politischen Systems zeugen davon. Insbesondere die Deutschschweizer Boulevardmedien haben das Thema Rechtsextremismus zum Anlass genommen, Kampagnen zu lancieren und Konflikte – zwischen Rechtsextremisten und der Polizei; zwischen dem eigenen, angeblich sensibilisierten Medium und den Rechtsextremismus-, ‚Verharmlosern‘ – dramaturgisch aufzubereiten. Mit der Abgrenzung vom Extremismus gehen immer auch Auseinandersetzungen darüber einher, wie breit das Phänomen zu verstehen sei und welche Akteure für seine Ausbreitung (mit)verantwortlich sind: Wer oder was gilt zum Beispiel als ‚extrem‘, wer oder was (nur) als ‚radikal‘, und welche (etablierten) Akteure auf der linken oder rechten Seite des politischen Spektrums weisen eine Nähe zu diesen Phänomen auf? Richtet man also den Blick weg von der Mobilisierung politischer Extremisten hin zu den gesellschaftlichen Reaktionen auf deren Mobilisierungen, fallen in einer ländervergleichenden Perspektive große Unterschiede auf. Angesichts der Zunahme sowohl des Rechtsextremismus als auch des Rechtsradikalismus als auch des Rechtspopulismus seit den 1990er Jahren in mehreren Ländern Europas lässt sich beobachten, dass beispielsweise gegenüber dem Vlaams Blok in Belgien oder den Republikanern in Deutschland sich Medien und etablierte politische Akteure scharf abgrenzen, während in Österreich die FPÖ auf Länder- und teilweise auch auf Bundesebene als Kooperationspartner fungiert oder in der Schweiz eine deutliche Zurückhaltung zu erkennen ist, die mittlerweile wählerstärkste Schweizerische Volkspartei (SVP) als ‚rechtsradikal‘ oder gar ‚rechtsextrem‘ zu klassifizieren.

Aufgrund dieser Irritationen lassen sich folgende *Forschungsfragen* benennen: Wann und unter welchen Bedingungen können extremistische und radikale Akteure (und ihre Positionen) überhaupt Resonanz in der öffentlichen Kommunikation der Schweiz erhalten? Wie werden die Phänomene des Extremismus und Radikalismus als politische Probleme gedeutet und bewertet? *Ziel* der Arbeit ist es, sowohl aufgrund von „diszipliniert-konfigurativen“, fallorientierten Analysen die Resonanz und Problematisierung von politischem Extremismus und

¹ Das mit 4 Millionen Schweizer Franken dotierte Nationale Forschungsprogramm 40+ „Rechtsextremismus – Ursachen und Gegenmaßnahmen“ kann als direkte Reaktion auf die in den Boulevardmedien geführte Thematisierung der „Schande vom Rütli“ (d. h. der Aufmärsche rechtsextremer Akteure) verstanden werden (siehe auch Niggli: 2009: 14). Teile der hier vorgestellten Forschungsergebnisse, insbesondere zum Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus, entstammen schließlich dem Projekt „Rechtsextremismus – ein Medienphänomen?“, das vom Schweizerischen Nationalfonds gefördert und im Rahmen des oben beschriebenen Nationalfonds-Programms durchgeführt wurde. Eine kurze Zusammenfassung der Studie (Udris/Imhof/Ettinger 2009) ist im Sammelband „Right-wing Extremism in Switzerland“ zu finden, der die Ergebnisse des gesamten Forschungsprogramms zusammenträgt (Niggli 2009).

Radikalismus zu erklären als auch aufgrund eines Vergleiches in der diachronen (1960-2008) wie auch synchronen Dimension (verschiedene Formen des Extremismus und Radikalismus, verschiedene Medientypen) Regularitäten herzuleiten. Um dies genauer zu illustrieren, wird zunächst die *öffentliche Kommunikation als Untersuchungsgegenstand* eingeführt, bevor der *methodische Zugriff und die Logik des Forschungsdesigns* erklärt werden und der *Aufbau der Arbeit* vorgestellt wird.

Öffentliche Kommunikation als Untersuchungsgegenstand

Um die genannten Forschungsfragen nach den Resonanzchancen des politischen Extremismus und Radikalismus anzugehen, stützt sich die vorliegende Arbeit auf eine vergleichende Analyse der öffentlichen Kommunikation in der Deutschschweiz von den 1960er Jahren bis in die Gegenwart. Dies ergibt sich daraus, dass die öffentliche Kommunikation aus zumindest vier Gründen der zentrale Untersuchungsgegenstand für das Verständnis zentraler Rahmenbedingungen für politischen Extremismus und Radikalismus ist (a-d).

(a) Öffentlichkeit als Resonanzraum für nicht-etablierte Akteure

Wie die Bewegungsforschung gezeigt hat, ist die Öffentlichkeit *erstens* der Ort, auf den sich nicht-etablierte, also auch extremistische und radikale Akteure beziehen (müssen), *zweitens* in dem sie Informationen über (Gegen-)Reaktionen (Zuspruch, Ablehnung etc.) ihres Umfelds, der Medien und der Politik erhalten und *drittens* in dem diese Akteure für ihre Anliegen (ideelle, materielle und personelle) Unterstützung mobilisieren (Rucht 2002; Koopmans/Olzak 2004; Imhof 1996a). Sie sind daher – wollen sie ihren Themen und Positionen breitere Wirkung verschaffen – auf Resonanz in der massenmedial vermittelten öffentlichen Kommunikation angewiesen. Öffentlichkeit – und insbesondere die Massenmedien als „master forum“ (Ferree et al. 2002) – ist der Resonanzraum, der die diskursiven Gelegenheitsstrukturen für extremistische und radikale Akteure bestimmt resp. beeinflusst, in welchen Phasen diese Akteure als autonome (Gegen-)Öffentlichkeit klandestin operieren und in welchen Phasen sie Elemente einer sozialen Bewegung annehmen, die bewusst die Öffentlichkeit sucht.²

² Ein jüngeres Beispiel für diese ständige Inszenierung im öffentlichen Raum ist die „Demonstrationskultur“ der NPD in (Ost-)Deutschland (Virchow 2006).

(b) *Öffentlichkeit als Arena der Aushandlung und der Vermittlung von Differenzsemantiken*

Stärker den Blick auf die Gesamtgesellschaft und auf die Unterschiede über die Zeit richtend, erfasst ein öffentlichkeitssoziologischer Zugang die veränderten Resonanzchancen des Extremismus und Radikalismus als Phänomen des sozialen Wandels moderner Gesellschaften. Öffentliche Kommunikation stellt nicht nur für (nicht-etablierte) Protest-Akteure Bezugsrahmen bereit, sondern ist generell der Ort, in dem kollektive Identitäten symbolisch über *Differenzsemantiken* ausgehandelt, definiert und vermittelt werden. Differenzsemantiken bezeichnen die zentralen Unterschiede, welche moderne Gesellschaften oder „Sphären der Solidarität“ (vgl. u. a. Alexander 2006: 53 ff.) prägen und ein entsprechendes Gesellschaftsmodell bestimmen. Dazu gehören beispielsweise Unterscheidungen, welche Personen und Gruppen zum Solidarverband einer Gesellschaft gehören und welche nicht (segmentäre Differenzsemantiken), welche Formen von (sozialer) Ungleichheit (stratifikatorisch) und von Differenzierungen verschiedener Teilsysteme oder Rollen (funktional) legitim oder illegitim sind und auf welche vergangene und zukünftige Gesellschaftsmodelle rekurriert wird (temporale Differenzsemantiken). Wenn auch die hinter diesen Differenzsemantiken liegenden kollektiven Identitätsmuster und -vorstellungen ‚lange Beine‘ haben, so können Differenzsemantiken in Phasen gesellschaftlicher Orientierungskrise (neu) spezifiziert und ausgerichtet werden. Auf diese Weise legen diese symbolischen Strukturen und Differenzsemantiken die Bahnen für Identitätsdebatten fest (vgl. Imhof 2008b).

Dies betrifft *zum einen* die Differenzen und die Grenzen, welche die Gesellschaft gegenüber dem politischen Extremismus und Radikalismus zieht. Gerade weil der (per definitionem) anti-demokratische Extremismus die zentralen Grundwerte und Normen der Demokratie verletzt und der Radikalismus diese zumindest herausfordert, sind Extremismus und Radikalismus für eine moderne demokratische Gesellschaft gleichsam als ‚Negativfolie‘ identitätsstiftend. Denn die Bildung kollektiver Identitäten erfolgt zu einem großen Teil ex negativo respektive über Abgrenzung gegenüber ‚Anderen‘ (für eine Übersicht vgl. Kaina 2009: 44 f.), das heißt: Man weiß, wer oder was man ist, indem man weiß, wer oder was man *nicht* ist. Insofern lässt sich über die Differenzsemantiken gegenüber Extremismus und Radikalismus ein zentraler Teil der Identität oder des Selbstverständnisses einer (demokratischen) Gesellschaft beschreiben. Die entscheidende Frage ist selbstredend, wo genau diese Grenzen gegenüber dem Extremismus (und dem Radikalismus) gezogen werden (für den Umgang mit rechtsradikalen Parteien siehe Art 2007).

Zum anderen ergeben sich aus den Differenzsemantiken einer Gesellschaft, d. h. den zentralen und legitimen Unterschieden und Grenzziehungen, bestimmte „diskursive Gelegenheitsstrukturen“ für extremistische und radikale Akteure selbst. In einer Gesellschaft, die beispielsweise die heftige Problematisierung von Asylsuchenden als legitim erachtet und diese Gruppe somit vom Solidarverband ausschließt, sind – unter anderen ähnlichen Bedingungen – (gewalttätige) Mobilisierungen und politische Forderungen gegenüber Asylbewerbern wahrscheinlicher als in einer Gesellschaft, in der die Toleranz gegenüber ethnischen Minderheiten einen höheren Stellenwert einnimmt.³ Diskursive Gelegenheitsstrukturen, welche als vorherrschende, identitätsstiftende Differenzsemantiken konzeptioniert werden können, bestimmen daher, welche Botschaften (oder Frames) eines Akteurs in der öffentlichen Kommunikation nicht nur Visibilität, sondern auch Resonanz und Legitimität erhalten (vgl. Koopmans et al. 2005: 16-23; Koopmans/Statham 1999: 228 f.). Insofern sind sie entscheidend für die Intensität, den Zeitpunkt und die Art des Mobilisierungs- und Bewegungshandelns.

Weil diskursive Gelegenheitsstrukturen immer auch (re)interpretiert und verhandelt werden müssen, können sie sich trotz gewisser ‚Trägheit‘ auch verändern. Wenn bestimmte rigide Differenzsemantiken in der öffentlichen Kommunikation an Resonanz und Bedeutung gewinnen (z. B. Problematisierung des Fremden), ändern sich damit die diskursiven Gelegenheitsstrukturen. Dies trifft besonders auf diejenigen Phasen zu, die als Phasen gesellschaftlicher Orientierungskrise bezeichnet werden können (Imhof 2011), denn in solchen Phasen haben nicht-etablierte Akteure mit ihren alternativen Weltdeutungen nun höhere Chancen, zu mobilisieren, sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen und für ihre Anliegen ein gewisses Maß an Legitimität zu erhalten. Besonders in Krisenphasen vollziehen sich in der öffentlichen Kommunikation jene Problematisierungen, welche die diskursiven Gelegenheitsstrukturen verändern und extremistische und radikale Mobilisierungs- und Resonanzchancen erleichtern. Ganz grundsätzlich erfasst die Arbeit also diskursive Gelegenheitsstrukturen über die Zeit und fragt danach, wie salient und wie akzeptiert ‚extremistische‘ und ‚radikale‘ Positionen und Deutungen in einer Gesellschaft in bestimmten Phasen sind und welche extremistischen und radikalen Akteure an welche diskursive Gelegenheitsstrukturen vorwiegend anknüpfen.

³ Damit soll nicht behauptet werden, dass nicht auch andere Faktoren für eine höhere Mobilisierungsintensität beispielsweise von rechtsextremistischen und/oder ausländerfeindlichen Akteuren eine Rolle spielen können, unter anderem die Form der staatlichen Repression, der rechtliche Status von Ausländern oder sozio-ökonomische Faktoren wie die Höhe der Arbeitslosigkeit. Allerdings ist, wie in Kapitel 2.2 ausgeführt, der Erklärungsgehalt solcher stärker ‚strukturellen‘ und institutionellen Faktoren begrenzt (vgl. Koopmans et al. 2005).

(c) *Öffentlichkeit als Arena der Beobachtung und Steuerung von Gesellschaft*

Weil öffentliche Kommunikation die Arena der Selbstbeobachtung und Selbststeuerung moderner Gesellschaften ist (Habermas 1992; Imhof 2011), bestimmt sich in ihr somit auch, ob und wie eine Gesellschaft diese Phänomene – Rechts- und Links-Extremismus, Rechts- und Links-Radikalismus – definiert und problematisiert, welches Bedrohungspotential sie diesen Phänomenen zuschreibt und welche (Gegen-)Maßnahmen als notwendig, angemessen und legitim erscheinen. Insofern lässt sich über eine Analyse der öffentlichen Kommunikation zeigen, wie eine Gesellschaft mit Extremismus und Radikalismus umgeht und welche Formen sie für (besonders) problematisch hält. So können beispielsweise klare Fokussierungen auf und klare Grenzziehungen gegen den Rechtsextremismus gleichzeitig bedeuten, dass Formen des Rechtsradikalismus weniger resonanzstark thematisiert und/oder problematisiert werden. Aus einer Perspektive, welche der Qualität der öffentlichen Kommunikation und dabei insbesondere der Deliberation große Bedeutung beimisst und sich am Politikprozess der öffentlichen Kommunikation orientiert, ist daher entscheidend, welche Folgeeffekte die „Etikettierung“ (Jaschke 2006: 16-19; ähnlich auch Link 2008) und Thematisierung des Extremismus und Radikalismus (durch Medien, Wissenschaftler, Politiker etc.) auf das politische Handlungssystem zeitigen (*Input*).⁴ Die Forschung fragt damit sinnvollerweise nach den zentralen Treibern der Thematisierung und den Mechanismen, wie sich ein Phänomen respektive ‚Politikfeld‘ konstituiert und institutionalisiert und mit welchen Gründen die Bekämpfung einer ‚Bedrohung‘ legitimiert wird (für dieses Forschungsdefizit vgl. Neidhardt 2002: 785 f.; für das Beispiel des ‚islamistischen Terrorismus‘ Jackson 2007).

Analysen, die mit einer solchen prozessorientierten Perspektive arbeiten, sind für die Thematisierung des Extremismus äußerst selten. Die vorliegende Arbeit versucht hier einen Beitrag zu leisten, indem gefragt wird, welche Akteure und Handlungen in der öffentlichen Kommunikation beispielsweise als ‚rechtsextrem‘ (oder ‚rechtsradikal‘) beurteilt werden (bzw. welche Interpretationen sich wann durchsetzen), unter welchen Bedingungen sich also das Phänomen ‚Extremismus‘ konstituiert und als lösungsbedürftiges Problem erscheint (*Input*). Nur am Rande kann in dieser Studie untersucht werden, welche konkreten Folgen auf Rechtssetzungsprozesse im politischen System beobachtbar

⁴ Hier ist vor allem auf Vorarbeiten im Bereich der Cultural Studies zu verweisen. Dort werden andere Phänomene der Devianz untersucht, die – wie der Extremismus und Radikalismus – als hoch normverstoßende Phänomene verstanden und besonders von den Medien als soziale Probleme konstituiert und als Bedrohung stilisiert werden (Hall 1978; Vasterman 2005). Solche Studien fokussieren zumeist auf die Input-Dimension des politischen Prozesses und blenden die Throughput- und Output-Dimension weitgehend aus.

(*Throughput*) und welche konkreten Folgen auf die gerichtliche und polizeiliche Praxis und auf andere Handlungssysteme sowie seine Akteure und auf die Medien (*Output*) zu verzeichnen sind, denn dies erfordert aufwändigere Untersuchungsdesigns (Bsp. zusätzliche Dokumentenanalysen von Regierungsentscheidungen etc.). Entscheidend und für die vorliegende Arbeit wichtig ist jedoch die Frage, wie sich diese Befunde vor dem Hintergrund der *Qualität* der öffentlichen Kommunikation interpretieren lassen, ob also neben des Input durch die öffentliche Kommunikation (z. B. durch Medienkampagnen) auch der *Throughput* in und von der öffentlichen Kommunikation begleitet wird und der *Output* das Resultat eines „begründeten Dissens“ (Wessler 2008: 5 f.) darstellt, der an die Meinungsbildung in der öffentlichen Kommunikation rückgekoppelt wird.

(d) Wandel und Qualität der öffentlichen Kommunikation

Auf der Grundlage des oben beschriebenen öffentlichkeitstheoretischen Zuganges – bzgl. Resonanzraum für nicht-etablierte Akteure, Ort der Vermittlung von Differenzsemantiken und diskursiven Gelegenheitsstrukturen, Arena der Selbstbeobachtung und -steuerung moderner Gesellschaften – rücken die Strukturen und Bedingungen öffentlicher Kommunikation selbst ins Zentrum. Diese haben sich im Zuge des „neuen“ oder „zweiten“ Strukturwandels der Öffentlichkeit (vgl. Münch 1997; Imhof 2006a) und der wachsenden Bedeutung der Massenmedien in der öffentlichen Kommunikation fundamental verändert. Dieser Wandel zieht – auf der Seite der Medienstrukturen – eine Abnahme von parteigebundenen Medien und eine Zunahme von Boulevardmedien (Presse und Fernsehen) nach sich (vgl. Udris/Lucht 2009). Auf der Seite der Inhalte geht er mit neuen „Medienlogiken“ einher, die das Beziehungsspiel zwischen Medien und Politik neu definieren (vgl. Strömbäck 2008; Strömbäck/Esser 2009: 212 ff.; Imhof 2006a) und zu einer „Medialisierung“ der Politik führen (vgl. Mazzoleni/Schulz 1999; Donges 2008).⁵

Für die in dieser Arbeit untersuchten Phänomene des politischen Extremismus und Radikalismus hat dies folgende Konsequenzen: Der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit führt zu (neuen) Wahlverwandtschaften zwischen Medienpopulismus und politischem Populismus (Mudde 2004: 553-554; Mazzoleni 2008), von dem insbesondere rechtspopulistische resp. populistische rechtsradi-

⁵ Für diese Aspekte kann die vorliegende Arbeit auch auf Erkenntnisse aus einem weiteren Nationalfonds-Projekt zurückgreifen, an dem der Autor beteiligt war: „Democracy in a media society“ (Kurt Imhof / Jens Lucht / Linards Udris), Projekt innerhalb des NCCR (National Center of Competence in Research) „Challenges to Democracy in the 21st Century“ (Leitung: Hanspeter Kriesi), gefördert vom Schweizerischen Nationalfonds.

kale Akteure seit den 1990er Jahren profitiert haben (Mudde 2007: 251-253). Die Literatur hat bezüglich der rechten Form des Extremismus, Radikalismus und Populismus auf die diskursiven Strategien dieser Akteure hingewiesen. Diese umfassen u. a. eine starke Komplexitätsreduktion, Tabubrüche, emotionalisierte Angriffe auf die politische Elite und Verlangen von radikalen Maßnahmen und Lösungen; all dies entspricht den Medienlogiken nach Skandalisierung und Konfliktstilisierung (vgl. Geden 2007: 10 f.; Mazzoleni 2008; Jagers/Walgrave 2007; Stewart et al. 2003: 225 ff.). Ähnliche Bedingungen gelten auch für linke Formen des Extremismus, Radikalismus und Populismus (z. B. hohe Resonanz für Charismaträger, vgl. Decker 2008), wobei die Literatur dazu (noch) äußerst schmal ist. Auf der Seite der Medien schließlich lässt sich die Passung von Medienlogiken und dem tabubrechenden Charakter dieser Phänomene insbesondere für die Boulevardmedien zeigen. Besonders der Rechtsextremismus, und besonders nach dem Wegfall der ‚Bedrohung‘ durch den Kommunismus des Ostblocks, gehört als historisch diskreditierte Form politischen Denkens und Handelns zu diesen Phänomenen. Angesichts seiner Skandalisierbarkeit findet der Rechtsextremismus vor allem in den Boulevardmedien Aufmerksamkeit respektive wird dort entsprechend aufbereitet (vgl. Schafraad et al. 2008: 369-373). Auf der Grundlage von ‚bewirtschaftbaren‘ Normverstößen, wie sie gerade der sich spektakulär inszenierende Rechtsextremismus darstellt (z. B. Springerstiefel, Hakenkreuze etc.), thematisieren die (Boulevard-)Medien den Rechtsextremismus als das ‚Böse‘ schlechthin und lassen politische Akteure auftreten, die beinahe rituell den Rechtsextremismus ‚verurteilen‘ (Jaschke 1994: 150-161). Politische Akteure nutzen zudem die moralische Aufladung des Begriffs ‚Rechtsextremismus‘ zur Stigmatisierung von politischen Gegnern (z. B. durch den Vorwurf an eine Partei, sie würde als Wegbereiter für Rechtsextremismus fungieren) und zur Aufmerksamkeitsgenerierung (Klärner/Kohlstruck 2006: 11; Mudde 2007: 245). Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass in der öffentlichen Kommunikation eine stark skandalisierende, emotionalisierende und gleichzeitig nur punktuelle Thematisierung dieser politischen Phänomene vorherrscht, die einer diskursiven, nachhaltigen Auseinandersetzung entgegensteht und im geringeren Masse für die Legitimität der Entscheide wie der integrativen Normen und Werte sorgt. Aus einer demokratietheoretischen Perspektive, die der Deliberation und der Rationalität politischer Willens- und Meinungsbildung großes Gewicht beimisst, wären solche Befunde allerdings als Zeichen einer geringeren Qualität der öffentlichen Kommunikation und daher als problematisch einzuschätzen.

Methodischer Zugriff und Logik des Forschungsdesigns

Aufgrund dieser zentralen Bedeutung der öffentlichen Kommunikation und ihres Wandels wird auch in der vorliegenden Arbeit methodisch ein Zugriff auf die öffentliche Kommunikation vorgenommen. Konkret werden dabei die zentralen ‚Kommunikationsereignisse‘, d. h. Beitragsfolgen in der öffentlichen Kommunikation, in den wichtigsten Medien der (Deutsch-)Schweiz mit einer Längsschnittanalyse seit den 1960er Jahren fokussiert (a) sowie mit einer inhaltsanalytischen Vertiefungsstudie im Zeitraum 1998-2008 die zentralen Mechanismen und Regularitäten herausgearbeitet, unter denen das Phänomen Extremismus und Radikalismus thematisiert wird (b). Was diese beiden Längsschnittanalysen in erkenntnistheoretischer und methodologischer Sicht zur Forschung beitragen können und wo die Grenzen dieser Zugänge sind, wird in den Abschnitten zur Logik des Forschungsdesigns erklärt (c).

(a) Längsschnittanalyse der diskursiven Gelegenheitsstrukturen

Die Wahl des Untersuchungszeitraums zur Analyse der diskursiven Gelegenheitsstrukturen, die als Kommunikationsereignisse mit rigiden Differenzsemantiken operationalisiert werden, ergibt sich zum einen aus den Aktivitäten und Mobilisierungen von Extremisten und Radikalen, zum anderen aus dem Einsetzen des „neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit“. In der Schweiz verschaffen sich ab Mitte der 1960er Jahre – also vor der „dritten Welle“ des Rechtsextremismus (Mudde 2000; Goodwin 2006: 357) – rechtsradikale Akteure breite Resonanz; die 1970 von der (männlichen) Stimmbevölkerung nur knapp abgelehnte „Überfremdungsinitiative“ bildet dabei den Höhepunkt dieser Bewegung. Ende der 1960er Jahre lässt sich zudem im Kontext der Hochschulpolitik auf der linken Seite des politischen Spektrums eine rapid zunehmende Mobilisierung (auch) von extremistischen und radikalen Akteuren beobachten (Kriesi 1981: 91 ff.). Indem die Analyse in den frühen 1960er Jahren beginnt, kann damit eine Phase abgedeckt werden, die durch eine vergleichsweise geringe ‚Aktivierung‘ gekennzeichnet ist. Relevant sind in diesem Kontext Thematisierungs- und Problematisierungsprozesse, die dann im Laufe der 1960er Jahre zu einer erhöhten Resonanz der nicht-etablierten Akteure führen. Zudem setzt der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit in der Schweiz, der laut dem Argument die Resonanzchancen für politischen Extremismus und Radikalismus zusätzlich erhöht, (erst) im Laufe der 1960er Jahre, mit einem intensiven Schub in den 1980er Jahren ein. Die Wahl des Untersuchungszeitraums 1960 bis 2008 erlaubt somit in Ansätzen

einen Vergleich zwischen den verschiedenen Phasen des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit.

(b) Thematisierung des politischen Extremismus und Radikalismus – Qualität der öffentlichen Kommunikation

Während die Analyse der diskursiven Gelegenheitsstrukturen auf längere Prozesse und insgesamt auf die ‚größeren Linien‘ des sozialen Wandels fokussiert, werden die Thematisierung respektive die *Qualität der öffentlichen Kommunikation* über das ‚Thema‘ oder ‚Problem‘ Extremismus und Radikalismus in einer Vertiefungsanalyse von 1998 bis 2008 untersucht. Der Zeitraum wird verkürzt zugunsten eines breiteren Samples an Leitmedien und Kommunikationsereignissen (Beitragsfolgen) und zugunsten einer feingliedrigen Erfassung von Beiträgen und Aussagen; auf diese Weise können Kommunikationsdynamiken in und zwischen den Leitmedien besser erfasst werden. Der Untersuchungszeitraum ab Januar 1998 ergibt sich wiederum aus der (volatilen) Aktivierungsintensität der Protestakteure sowie ihrer Resonanz. Rechtsextreme Vorfälle steigen 1999 und vor allem 2000 stark an; zudem stellt die Diskussion um den Aufmarsch rechts-extremer Akteure im August 2000 eines der resonanzstärksten Kommunikationsereignisse überhaupt dar. Die Mobilisierung von Globalisierungsbewegungen, die am Rande auch linksradikale Gruppierungen umfasst, kulminiert auf internationaler Ebene Ende 1999 in der „Battle of Seattle“ (vgl. della Porta 2007: 37) und erreicht in der (Deutsch-)Schweiz mit den Protesten gegen das World Economic Forum in Davos 2001 einen ersten Höhepunkt (Eggert/Giugni 2007),⁶ welche überaus hohe Aufmerksamkeit finden (Egle 2009) und Medien wie politische Akteure veranlassen, diese (überraschend erscheinenden) Protest erklären zu müssen. Die Vertiefungsanalyse versucht somit die Intensität und Art der Resonanz vor und nach diesen „Schlüsselereignissen“ (Brosius/Eps 1993) zu erfassen, welche, so ist zu erwarten, Erwartungen neu ausrichten und zu neuen Problemwahrnehmungen und –rahmungen führen.

⁶ Eggert/Giugni (2007: 187-188) betonen zudem die Wichtigkeit der Proteste gegen die World Trade Organization in Genf im Mai 1998. Zumindest in den Medien der (Deutsch-)Schweiz finden diese Demonstrationen – im Gegensatz zu den späteren Demonstrationen gegen das WEF in Davos – aber nur geringe Resonanz.

(c) Logik des Forschungsdesigns

Zusammen genommen, lassen sich zum Untersuchungsgegenstand und diesen beiden Analysesträngen – Längsschnittanalyse der diskursiven Gelegenheitsstrukturen, vertiefende Inhaltsanalyse über die Thematisierung und Problematisierung des Phänomens Extremismus und Radikalismus – in *erkenntnistheoretischer* und *methodologischer* Sicht sowohl die notwendigen Einschränkungen als auch die Beiträge dieser Arbeit anmerken:

Die Arbeit konzentriert sich *erstens* auf zwei Formen des politischen Extremismus und Radikalismus (rechts und links), welche nur schon aufgrund der nach wie vor strukturierenden Wirkung des Links-Rechts-Schemas als wichtigste Subtypen des politischen Extremismus und Radikalismus gelten (Jaschke 2006); zudem unterscheiden sich Links- und Rechtsextremismus fundamental in der Bewertung von (Un-)Gleichheit (Mudde 2007: 91, in Anlehnung an Bobbio 1994) und können als Antipoden innerhalb der Gruppe des politischen Extremismus bezeichnet werden. Diese sehr unterschiedlichen ideologischen Grundelemente dieser beiden Formen des Extremismus und Radikalismus spielen damit auch eine Rolle für unterschiedliches Bewegungshandeln (vgl. Walder 2009), zum Beispiel in Bezug auf Protest-,Issues-, Protest-Repertoires, die Zusammensetzung von Protest-Gruppierungen oder auch die Zeitpunkte des Bewegungshandelns.

Zweitens fokussiert die Arbeit innerhalb des Phänomens politischer Extremismus primär auf dessen *Resonanzchancen* in der öffentlichen Kommunikation. Dies bedeutet nicht, dass das ‚tatsächliche‘ Auftreten von Protestakteuren in allen verschiedenen Aspekten (z. B. Anzahl Vorfälle, Anzahl Mitglieder, Grad der Institutionalisierung etc.) nicht auch wichtig wäre. Daher kann in dieser Arbeit in Ansätzen verglichen werden, inwiefern die Resonanzchancen (in den Medien) allenfalls von der Mobilisierung abweichen. Ein solcher Fokus auf die ‚tatsächliche‘ Mobilisierung kann aber aus verschiedenen Gründen nicht im Zentrum der Arbeit stehen, denn auch Daten zur Mobilisierung sind bekanntlich nur Konstruktionsangebote und daher auch abhängig von den Deutungen und Kategorien, welche von der öffentlichen Kommunikation mitbestimmt und etabliert werden. Außerdem sind Resonanzchancen entscheidend für die Erfolgchancen von Protestakteuren; politischer Protest, über den nicht berichtet wird, ähnelt einem Baum, der unbemerkt im Wald umfällt (Lipsky 1968), und eine Bewegung, über die nicht berichtet wird, findet in diesem Sinne nicht statt (Raschke 1985). Eine Analyse der öffentlichen Kommunikation und damit der Resonanzchancen ergibt sich schließlich, wie oben ausgeführt, aus der zentralen Bedeutung der öffentlichen Kommunikation für das Handeln von Protestakteuren (Koopmans 2004), für Prozesse der kollektiven Identitätsbildung (Imhof

2011) und für die Selbststeuerung einer modernen Gesellschaft (Habermas 2006). Dabei wird die öffentliche Kommunikation in erster Linie über die Massenmedien erfasst, weil die Massenmedien wohl unbestritten zum zentralen Ort der Wissensvermittlung, Aushandlung und Konstruktion von politischen Problemen geworden sind (u. a. Strömbäck 2008).

Drittens untersucht die Arbeit die Resonanzchancen des politischen Extremismus und Radikalismus in einem spezifischen geographischen und politischen Geltungsbereich, nämlich der Deutschschweiz. Die Beschränkung auf eine Sprachregion innerhalb des Nationalstaates lässt sich unter anderem damit rechtfertigen, dass zumindest das Mediensystem der Schweiz nach Sprachgrenzen segmentiert ist (vgl. Blum 2003). Auch wenn diese Segmentierung auf der strukturellen Ebene (z. B. Nutzung von französischsprachigen Titeln fast ausschließlich in der Westschweiz) aufgrund des politischen Institutionengefüges nicht zwangsläufig zu einer ähnlich ausgeprägten Segmentierung der Medieninhalte führt (vgl. dazu Tresch 2008; fög 2010), so zeigen sich in der öffentlichen Kommunikation wie auch politischen Kultur bestimmte Akzentuierungen und Pfadabhängigkeiten in den jeweiligen Sprachregionen, welche sich etwa im unterschiedlichen Umgang mit Protestakteuren (vgl. Tackenberg/Wisler 2007) oder auch in unterschiedlich hohen Wahlerfolgen der sich transformierenden rechts-populistischen Schweizerischen Volkspartei (SVP) zeigen (Lachat 2008). Um die Resonanzchancen des politischen Extremismus in der öffentlichen politischen Auseinandersetzung zu erklären, ist die Deutschschweiz schließlich als ‚Fall‘ im Vergleich zu anderen Ländern und Regionen (z. B. Flandern) unter anderem wie folgt von Interesse. Zum einen weist sie spezifische Eigenheiten der politischen Struktur (z. B. direkte Demokratie, hoher Grad des Föderalismus), der politischen Kultur und diskursiven Gelegenheitsstruktur auf (z. B. geringe Problematisierung der ‚Neutralität‘ im Zuge der militärischen Nicht-Beteiligung an den Weltkriegen). Zum anderen verfügt sie als ‚typischer Fall‘ – neben vergleichbaren soziökonomischen Faktoren – über politische Institutionen und Aushandlungsprozesse, die sich – wenn auch mit abnehmender Tendenz – als konsensorientiert und korporatistisch beschreiben lassen (Vatter 2008), sowie über eine öffentliche Arena, die seit den letzten Jahrzehnten von einem „neuen“ Strukturwandel (Ausbildung eines Mediensystems, Kommerzialisierung) betroffen ist (fög 2010). Insofern ist die (Deutsch-)Schweiz als mittlerweile „Normalfalls einer Konsensdemokratie“ (Vatter 2008) besonders gut vergleichbar mit Ländern wie Schweden, Österreich oder den Niederlanden, die sich in der politik- wie auch medienwissenschaftlichen Literatur als „demokratisch-korporatistisch“ beschreiben lassen (Hallin/Mancini 2004).

Mit dieser Fokussierung ist gleichzeitig der Anspruch verbunden, in einem fallstudienähnlichen Vorgehen diese wenigen, aber zentralen Phänomene – Re-

sonanzchancen des politischen Extremismus und Radikalismus in der öffentlichen Kommunikation der Deutschschweiz – besser zu verstehen. Die Arbeit weist einen „konfigurativ-disziplinierenden“ Charakter auf (vgl. Eckstein 1975; dazu George/Bennett 2005: 74 ff.). Sie versucht, ausgewählte und in den Kapiteln 2.4 und 2.5 begründete Theorien (diskursive Gelegenheitsstrukturen; neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit) zu testen; wie die Auseinandersetzung mit der Literatur zeigt, weisen diese Theorien einen potentiell hohen Erklärungsgehalt auf. Zudem versucht die Arbeit besonders, mit qualitativ orientiertem „process-tracing“ zentrale Mechanismen zu eruieren (und auf mögliche neue Einflussfaktoren hinzuweisen), wie sich die (unterschiedlich hohen) Resonanzchancen ergeben. Dazu dienen verschiedene Formen des Vergleichs (verschiedene Formen des Extremismus und Radikalismus; verschiedene Medientypen; verschiedene Zeitphasen): Welche diskursiven Gelegenheitsstrukturen beeinflussen besonders den Rechtsextremismus, nicht aber den Linksextremismus? Werden Extremismus und Radikalismus im Zuge des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit noch in Medien thematisiert, die über ein hohes Qualitätsverständnis verfügen, oder finden sie vor allem in kommerzialisierten Medien Aufmerksamkeit? Können sich in der Medienarena Stimmen Gehör verschaffen, die für eine sachliche, gut begründete Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus und Radikalismus sorgen? Und geht die (deutsch-)schweizerische Gesellschaft mit dem Rechtsextremismus anders um als mit dem Linksextremismus?

Insofern leistet die Arbeit nicht nur einen Beitrag dazu, die Resonanzchancen des politischen Extremismus und Radikalismus in der (Deutsch-)Schweiz zu beschreiben, sondern sie weist auch generelle Implikationen für die Bewegungsforschung respektive die Forschung zu politischem Protest auf. Auch die Dynamiken und Mechanismen, unter denen in jüngerer Zeit die Resonanz des politischen Extremismus und Radikalismus im Zusammenspiel zwischen Medien und (politischen) Akteuren zustande kommt, verweist auf das grundlegende Phänomen der ‚medialisierten‘ Politikvermittlung. Die vorliegende Arbeit schlägt dabei mehrere Punkte und ein methodisches Vorgehen vor, das auf der Grundlage von differenzierten Inhaltsanalysen zur Beleuchtung dieser Problematik beitragen kann. Beitrags- und Akteursresonanzen sowie Routineframes, die sich als Ausdruck von Medienlogiken verstehen lassen (z. B. Personalisierung), können und sollen nicht nur statisch ausgewertet werden, sondern erhalten ihre Bedeutung und Relevanz erst in einer Analyse der Kommunikations-Dynamiken als auch in der Einbettung in die grundlegende Frage, wie sich diese Befunde vor dem Hintergrund der *Qualität der öffentlichen Kommunikation* bewerten lassen. Damit hat die Arbeit schließlich, so ist zu hoffen, auch instruktiven Charakter.

Aufbau der Arbeit

Die Arbeit ist wie folgt gegliedert. In *Kapitel 2.1* wird der Untersuchungsgegenstand Extremismus/Radikalismus eingegrenzt. Hier wird gezeigt, welche Ideologieelemente die verschiedenen Formen des Extremismus und Radikalismus prägen und welche Akteure für die Analyse untersucht werden. In Auseinandersetzung mit den theoretischen Ansätzen, welche das Ausbreiten und damit letztlich auch die Resonanz für Extremismus und Radikalismus erfassen, wird eine Zusammenführung der Ansätze zur „Nachfrage“- (Kap. 2.2) und der „Angebots“-Seite (Kap. 2.3) des Extremismus und Radikalismus vorgeschlagen (vgl. auch Mudde 2007; Rydgren 2007). Dies wird – zumindest in Ansätzen – geleistet, indem das diskontinuierliche Auftreten des Extremismus und Radikalismus an Theorien des (diskontinuierlichen) sozialen Wandels rückgebunden („demand“) und diese Theorie des sozialen Wandels kommunikationstheoretisch reformuliert wird, das heißt die Interpretations- und Deutungsprozesse von Vorgängen und deren Politisierung durch (politische) Akteure ins Zentrum gestellt werden („supply“ und „external supply“).

In dieser Perspektive hängen die Resonanzchancen des Extremismus und Radikalismus – sowohl in Form von diffundierenden Deutungsmustern als auch in Form von Gegenreaktionen – von spezifischen Konstellationen im sozialen Wandel ab. Gerade in Krisenphasen, so lässt sich empirisch beobachten, steigen die Resonanzchancen für nicht-etablierte und damit auch für extremistische und radikale Akteure (Imhof 2011). Um solche Krisenphasen empirisch bestimmen und diejenigen Problematisierungen herausarbeiten zu können, an die extremistische und radikale Akteure mit ihren Ideen und Postulaten anknüpfen, müssen die entsprechenden resonanzstarken, in der öffentlichen Kommunikation virulenten Problematisierungen und rigiden Differenzsemantiken, also gleichsam die „diskursiven Gelegenheitsstrukturen“ (Koopmans/Statham 1999) herausgeschält werden (Kap. 2.4) Diese diskursiven Gelegenheitsstrukturen und mögliche Resonanzchancen für politischen Extremismus und Radikalismus sind wiederum nicht einfach von Prozessen des sozialen Wandels, sondern auch von den Inhalten und Formen der öffentlichen Kommunikation abhängig, welche selbst einem fundamentalen Wandel unterworfen ist. Dabei werden die strukturellen Grundlagen des Wandels der öffentlichen Kommunikation, Folgen auf die Inhalte massenmedialer Berichterstattung und mögliche Konsequenzen für die Resonanzchancen für und die Thematisierung des Extremismus und Radikalismus beschrieben (Kap. 2.5).

Umgesetzt wird die Untersuchung dieser Fragen mit einem zweigleisigen Vorgehen (3). Zum einen werden zur Eruierung der diskursiven Gelegenheitsstrukturen und Aufmerksamkeit für Extremismus im Zeitraum von 1960 bis

2008 die wichtigsten, d. h. resonanzstärksten Kommunikationsereignissen in drei Zeitungen (*Blick*, *Neue Zürcher Zeitung*, *Tages-Anzeiger*) erfasst und danach codiert, ob und durch welche Formen von Differenzsemantiken sie geprägt sind (3.1). Zum anderen wird angesichts der Frage der Qualität der öffentlichen Kommunikation ein kürzerer Zeitraum von 1998 bis 2008, dabei aber ein breiteres Sample an Kommunikationsereignissen und Medientypen (Qualitäts-, Forums- und Boulevardpresse, politische Wochenzeitungen) mit insgesamt neun Print-Titeln gewählt.⁷ Mit einer Inhaltsanalyse auf den Ebenen von Kommunikationsereignissen, Beiträgen und (Akteurs-)Aussagen wird ein Vorgehen vorgeschlagen, das den Fragen nach den Auslösern und Treibern der Thematisierung wie auch der Diskursqualität Rechnung trägt (3.2).

In einer diachronen Analyse der Jahre 1960 bis 2008 werden in *Kapitel 4* die diskursiven Gelegenheitsstrukturen, d. h. die möglichen Themen, Probleme und Differenzsemantiken, an die Extremisten und Radikale anknüpfen können, sowie die Resonanz für und Fokussierung auf Extremismus und Radikalismus eruiert. Dies geschieht auf der Basis einer systematischen Analyse von resonanzstarken Kommunikationsereignissen in drei Leitmedien der Deutschschweiz. Diese Kommunikationsereignisse werden in einer Übersicht über den gesamten Zeitraum hinweg dargestellt (4.1), bevor für den Rechtsextremismus/-radikalismus einzelne Phasen – die Phase der Orientierungsunsicherheit Ende der 1960er Jahre, die durch das Ende des Kalten Krieges ausgelösten Identitätsdebatten sowie die bis in die Gegenwart andauernde „Stagnationskrise“ – auf bestimmte Charakteristika eingehender überprüft werden (4.2) und schließlich die Resonanz und Mobilisierung des Rechtsextremismus/-radikalismus mit der Resonanz des Linksextremismus/-radikalismus kontrastiert wird (4.3).

Da die Analyse von diskursiven Gelegenheitsstrukturen die – empirisch betrachtet – höchst diskontinuierliche, durch Skandale getriebene Thematisierung des Extremismus und Radikalismus nur partiell erklären kann, wird in den folgenden Kapiteln das Phänomen Extremismus und Radikalismus vor dem Hintergrund des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit und der Qualität der öffentlichen Kommunikation eingehender analysiert. Was tragen die Medien resp. die verschiedenen Medientypen und die sich an die Medienlogik adaptierenden politischen Akteure zur erhöhten medialen Aufmerksamkeit für Extremismus und Radikalismus bei, und wie lässt sich so die Qualität einer solchen Resonanz und Thematisierung beschreiben? Hier sind die Fragen nach den Akteuren (5), der

⁷ Boulevardpresse: *Blick*; Forumspresse: *Bund*, *Tages-Anzeiger*; Qualitätspresse: *NZZ*; politische Wochenzeitungen: *Weltwoche*, *WochenZeitung*. Die einzelnen Titel innerhalb des Typus der Sonntagspresse werden für manche aggregierten Auswertungen, in denen die Fragen nach der Qualitätsorientierung eines Mediums im Vordergrund stehen, der Boulevard- (*SonntagsBlick*, *SonntagsZeitung*) respektive der Forumspresse zugeschlagen (*NZZ am Sonntag*, erscheint ab 2002).

Art der öffentlichen Auseinandersetzung (6) und nach dem Ergebnis der öffentlichen Auseinandersetzung (7) zentral. Der empirische Kern zur Beantwortung dieser Fragen ist eine Inhaltsanalyse von Medienbeiträgen über Extremismus und Radikalismus in neun Printmedien in der Deutschschweiz im Zeitraum von 1998 bis 2008.

Zur Untersuchung der Akteure und ihrer Resonanzchancen wird in zwei Heranführungen *erstens* eine prozess-orientierte Perspektive präsentiert, unter der die Qualität der öffentlichen Kommunikation, konkret die Qualität der Auseinandersetzung über Extremismus und Radikalismus, systematisch untersucht wird und welche die Strukturierung der (Unter-)Kapitel anleitet (vgl. Ferree et al. 2002; Wessler 2008a) (5.1). Diese Orientierung an der Qualität der öffentlichen Kommunikation bezweckt damit auch, die in der Literatur zum ‚Thema‘ Extremismus und Radikalismus bislang nur grob beleuchtete Rolle der Medien vertiefend zu analysieren (vgl. aber Esser/Scheufele/Brosius 2002), denn die Qualität wird nicht nur anhand der einzelnen Medientitel und Medientypen, sondern auch anhand der Medienarena insgesamt (resp. der erfassten Leitmedien), der Kommunikationsdynamiken und anhand der Verbindungen mit dem (politischen) Prozess (Input, Throughput, Output) erfasst. Auf dieser Grundlage sollen die verwendeten Indikatoren Einblick geben in zentrale Regularitäten und Mechanismen, wie die öffentliche Kommunikation der (Deutsch-)Schweiz in jüngster Zeit mit gesellschaftlich potentiell brisanten Problemen wie dem Extremismus umgeht. In einer weiteren Heranführung wird *zweitens* eine Übersicht der Thematisierung von Extremismus und Radikalismus im Zeitraum von 1998 bis 2008 präsentiert, die als Grundlage der nachfolgenden Analysen dient (5.2). Daran gekoppelt, werden die Ergebnisse einer Analyse von Kommunikationsergebnissen und einer breiten Inhaltsanalyse von Beiträgen und Aussagen präsentiert, die auf den politischen Extremismus und Radikalismus fokussieren. Im Zentrum stehen die Fragen nach den Akteuren und Treibern in der Thematisierung des Rechtsextremismus (5.3), der Rolle der Medien in diesem Prozess (5.4) und den generellen Resonanzchancen von nicht-medialen Akteuren (5.5). Diese Ergebnisse werden zudem in einem Zwischenfazit festgehalten (5.6).

In einem weiteren Kapitel werden die Form und die Inhalte der Auseinandersetzung über Extremismus und Radikalismus diskutiert (6). Auf derselben Grundlage von Medienbeiträgen, aber mit vertiefenden, qualitativen Analysen einzelner zentraler Kommunikationsereignisse, wird die Qualität der Auseinandersetzung anhand der (unterschiedlich hohen) Problemwahrnehmung für Rechtsextremismus (6.1) und Linksextremismus (6.2), anhand der Dynamiken der wichtigsten Thematisierungswellen (6.3) und anhand der Aussagen und Erklärungsmuster (Argumente), wie die Phänomene des Extremismus gedeutet werden (6.4), untersucht und in einem kurzen Zwischenfazit dargestellt (6.5).

Mit Blick auf das ‚Ergebnis‘ der öffentlichen Auseinandersetzung über Extremismus und Radikalismus und mit Blick auf den Politikzyklus zeigt das folgende Kapitel die Etablierung vor allem des Rechtsextremismus als politisches Problem (7.1), problematisiert die (relativ geringe) Nachhaltigkeit der Thematisierung (7.2) und hält in einem Zwischenfazit fest, inwiefern nun der Rechts- und/oder der Linksextremismus als Bedrohung der Gesellschaft in der öffentlichen Kommunikation thematisiert und wahrgenommen werden (7.3).

Die Arbeit endet mit einer Schlussbetrachtung, welche die beiden größeren Stränge – diskursive Gelegenheitsstrukturen und Problematisierung – zusammenfasst und zentrale Regularitäten der Resonanz benennt (8).

2 Theoretische Erklärungen

Die Begriffe „politischer Extremismus“ und „politischer Radikalismus“ wie auch „Rechtsextremismus“, „Rechtsradikalismus“, „Linksextremismus“ oder „Linksradikalismus“ sind nicht nur in der öffentlichen Kommunikation, wo sie aufgrund ihres stigmatisierenden Charakters häufig als Kampfbegriffe gebraucht werden (Jaschke 2006: 16), sondern auch in der wissenschaftlichen Diskussion höchst umstritten: Die aktuelle wissenschaftliche Literatur zum Thema zeigt, dass nur schon hinsichtlich der Definition von „Rechtsextremismus“ eine „Unübersichtlichkeit“ oder „heillose Begriffsverwirrung“ (Backes 2003: 13) vorherrscht und sich keine allgemein akzeptierte Begriffsdefinition, geschweige denn Theorie zum Rechtsextremismus etabliert hat (Stöss 2005: 13). Es ist mittlerweile Standard in der Forschung zu Rechtsextremismus (und –radikalismus) geworden, die mangelnde analytische Schärfe derselben zu kritisieren und auf die (vermeintlich) nicht differenziert geführte wissenschaftliche Diskussion über Rechtsextremismus hinzuweisen. Die Forschung zum Linksextremismus und Linksradikalismus zehrt von ähnlichen konzeptuellen Schwierigkeiten (vgl. dazu Mudde 2006: 86-89); die Debatte wird aber deutlich weniger virulent geführt, da sich die Forschung in den letzten zwei Jahrzehnten stark auf den Extremismus und Radikalismus von rechts konzentriert (Lang 2006: 77).

Ursächlich für die unterschiedliche Begriffswahl sind in wissenssoziologischer Perspektive Unterschiede von national und epistemologisch unterschiedlichen Wissenschaftskulturen bezüglich der Begrifflichkeit und der damit verbundenen Untersuchungsobjekte, -eigenschaften und -dimensionen (Minkenberg 2005b: 21 f.). Weil nur schon die Formen von Rechtsextremismus vielfältig und die nationalen Erfahrungen damit unterschiedlich sind, werden unterschiedliche Aspekte fokussiert. Mit der Einbettung in akademische Traditionen verbunden ist auch die Auswahl der Begrifflichkeiten und der zu untersuchenden Akteure: Je nach Begriffskonzeption werden vornehmlich außerparlamentarische, gewalttätige rechtsextreme Gruppierungen oder Individuen untersucht oder politische Parteien in die Untersuchung miteinbezogen, die in einem oft vage definierten und kontrovers diskutierten Überschneidungsbereich mit dem Rechtsextremismus situiert werden. In jüngerer Zeit erlebt zudem der Begriff des „Rechtsradikalismus“ eine Renaissance: Hier verstehen vor allem die Bewegungsforschung und die international vergleichende Politikwissenschaft (Wahl- und Parteienstu-

dien) den Rechtsradikalismus als Klammer für ein spezifisches Set von Akteuren, das dann in einem nächsten Schritt differenziert werden kann (Gentile 1998; Grumke/Wagner 2002; Koopmans 1996a; Minkenberg 2005b; Skenderovic 2005; Givens 2005; Norris 2005; Brück 2005). Ansätze, den Begriff des Linksradikalismus (wieder) analog zu etablieren, lassen sich hingegen kaum beobachten. Wenn politischer Extremismus und Radikalismus von links thematisiert wird, überwiegt die Fokussierung auf den Extremismus-Begriff in der Tradition der systematisch vergleichenden „Extremismusforschung“ von Uwe Backes und Eckhard Jesse (vgl. Backes 2006; Lang 2006).

Auf der Basis von bestimmten Begriffs-Konvergenzen in der Literatur wird in den folgenden Abschnitten aufgezeigt, wie Extremismus und Radikalismus in dieser Studie definiert werden. Damit werden die wesentlichen Ideologieelemente und die Akteure, die solche vertreten, benannt und der entsprechende Forschungsstand zu diesen Akteuren in der Schweiz skizziert (Kapitel 2.1), bevor die theoretischen Erklärungsansätze diskutiert werden.

Zur Erklärung, wann und unter welchen Bedingungen politischer Extremismus und Radikalismus Resonanz erhält, existiert in Anlehnung an eine zentrale Grundfrage der Sozialwissenschaften, „why men rebel“ (Gurr 1971), eine zwangsläufig unüberschaubare Literatur. Erklärungsansätze lassen sich dabei unterscheiden in Ansätze, die eher die „Nachfrageseite“ von Politik betonen („demand-side“), und denjenigen Ansätzen, die eher die „Angebotsseite“ von Politik betonen („supply-side“) (siehe etwa die Übersichten bei Mudde 2007; Rydgren 2007; Goodwin 2006; Eatwell 2003). Demand-side-Ansätze fokussieren klassischerweise auf (veränderte) soziostrukturelle Bedingungen, unter denen sich Individuen extremistischen oder radikalem Gedankengut zuwenden (Einstellungen) und/oder unter denen Individuen bestimmte Formen des Extremismus oder Radikalismus mit ihrem Handeln unterstützen (z. B. rechtsextrem motivierte Gewalt, Wahl einer linksextremen Partei etc.) (2.2). Supply-Side-Ansätze berücksichtigen vor allem die Programmatiken und Strategien sowie die Organisation und Struktur extremistischer und radikaler Akteure (darunter auch Framing-Strategien), Ansätze der „external supply-side“ (Mudde 2007: 232-255) die politischen und diskursiven Gelegenheitsstrukturen für das Handeln politischer Akteure (2.3).

Für die Strukturierung des Forschungsgegenstandes und die Einschätzung der Aussagekraft von Studien hat sich die Trennung von „supply“ und „demand“-Ansätzen als nützlich erwiesen. Unbestritten ist auch, dass eine komplexe Erfassung der Phänomene des Extremismus und Radikalismus beide Typen von Ansätzen berücksichtigen muss (z. B. van der Brug/Fennema 2007: 476). Solche anspruchsvollen Integrationsversuche sind angesichts der hohen Komplexität des Gegenstandes äußerst selten und auch in dieser Studie in dieser Form nicht zu